



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Elena Roon, Franz Schmid und Fraktion (AfD)**

Anerkennung für unsere Leistungsträger – Schluss mit der Beleidigung von Arbeitnehmern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag kritisiert die jüngsten Aussagen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bundeskanzler Friedrich Merz gegenüber Leistungsträgern, die aus Sicht des Landtags den Eindruck erwecken, die Arbeitnehmer seien faul, müssten mehr arbeiten und trügen die Verantwortung für das fehlende Wirtschaftswachstum. Der Landtag sieht die Ursache für die schwache wirtschaftliche Entwicklung vielmehr in der falschen Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit einzusetzen,
- sich auf allen Ebenen für eine drastische Reduzierung der Bürokratiebelastung, insbesondere der Informations- und Berichtspflichten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, einzusetzen,
- auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass das Lohnabstandsgebot zwischen geringfügig entlohnter Arbeit und Bürgergeld spürbar erhöht wird – insbesondere zugunsten von Familien,
- sich in Bayern für die flächendeckende Umsetzung der Arbeitspflicht für asylsuchende Personen einzusetzen,
- bis zum Ende der Legislaturperiode den Verwaltungsapparat der Staatsregierung in den Bereichen Verwaltung und politische Führung um 25 Prozent zu reduzieren.

Begründung:

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist von 2019 bis 2026 kumulativ um lediglich 0,2 Prozent gewachsen, was im internationalen Vergleich eine alarmierende Stagnation darstellt. Im Gegensatz dazu erreichte das kumulierte Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich trotz der angeblichen Brexit-Herausforderungen 5,5 Prozent und in den USA sogar 15 Prozent (Destatis, World Bank, 2026).

Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU) und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) haben in öffentlichen Äußerungen die arbeitende deutsche Bevölkerung für das fehlende Wirtschaftswachstum verantwortlich gemacht. Der Ministerpräsident forderte, dass Arbeitnehmer in Deutschland im Durchschnitt eine Stunde mehr pro Woche arbeiten sollten, da dies seiner Ansicht nach spürbares Wachstum erzeugen würde und für die Beschäftigten zumutbar sei. Er stellte diese Forderung in den Kontext einer allgemeinen Kritik an einer nachlassenden Arbeitsbereitschaft und plädierte zudem für die

Einführung eines Karenztags, bei dem Arbeitnehmer am ersten Krankheitstag keinen Lohn erhalten, um kurzfristige Krankmeldungen zu reduzieren. Er mahnte die Bundesregierung zur zügigen Umsetzung solcher Reformen (Apollo News, 02.02.2026). Der Bundeskanzler stellte die Arbeitsmoral der Deutschen infrage, indem er beklagte, die Arbeitsleistung der Volkswirtschaft sei nicht hoch genug, und implizierte damit eine zu geringe Leistung der Menschen (WirtschaftsWoche, 19.01.2026). Solche Aussagen ignorieren die strukturellen Ursachen des Wachstumsmangels und lenken von politischen Fehlentscheidungen ab.

In der Tat arbeiten Deutsche im EU-Vergleich durchschnittlich einige Stunden weniger, nämlich 33,2 Stunden pro Woche, im Gegensatz zu beispielsweise 38,7 Stunden in Bulgarien (Eurostat, 2025). Dies liegt jedoch nicht an mangelndem Fleiß oder einer angeblich schlechteren Arbeitsmoral, wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bundeskanzler Friedrich Merz insinuieren, sondern überwiegend an der deutlich höheren Produktivität pro Arbeitsstunde in Deutschland, das noch immer zu den europäischen Vorreitern zählt. Zugleich tragen der hohe Anteil an Teilzeitarbeit sowie Altersteilzeit- und Übergangsmodelle, die politisch ausdrücklich gefördert wurden, erheblich dazu bei, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen anders verteilt ist, ohne dass dies Rückschlüsse auf die individuelle Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer zulässt (OECD, 2025). Die höhere Produktivität speist sich hauptsächlich aus einem umfangreicheren Anlagevermögen mit mehr Maschinen, Fabriken und stärkerer Digitalisierung. Dennoch führen politische Fehlentscheidungen der regierenden Parteien wie CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke – insbesondere die grüne Dekarbonisierungspolitik, einschließlich Energiewende, Klimatransformation und Russland-Sanktionen – dazu, dass deutsche Unternehmen mehr Anlagevermögen abschreiben, als sie neu aufbauen. Seit den Jahren 2016 bis 2019 werden weniger oder gar keine neuen Fabriken gebaut, das Anlagevermögen in der nichtwohnungswirtschaftlichen Bauindustrie sinkt, und bei Ausrüstungen stagniert es. Real betrachtet investieren deutsche Unternehmen nicht mehr: Die Bruttoinvestitionen sanken preisbereinigt von 910 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf 855 Mrd. Euro im Jahr 2024 – ein Trend, der auch bei Mittelständlern zu beobachten ist (Destatis, KfW; 2025).

Zudem hat die Politik der genannten Regierungsparteien Arbeit immer weniger attraktiv gemacht, obwohl die Deutschen durchaus zu höheren Arbeitsleistungen bereit und in der Lage wären.

Erstens belasten zu hohe Steuern und Abgaben auf Arbeit die Beschäftigten erheblich: Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder mit durchschnittlichem Einkommen lag der Steuer- und Abgabenanteil im Jahr 2024 bei 47,9 Prozent der Arbeitskosten, was bedeutet, dass fast die Hälfte des Bruttolohns in Steuern und Sozialabgaben fließt. Deutschland belegte damit den zweiten Platz unter den 38 OECD-Staaten (OECD = Organisation for Economic Co-operation and Development) (OECD, 2025).

Zweitens verschärft die hohe Bürokratiebelastung das Problem: Jeder Beschäftigte verbringt mindestens einen Arbeitstag pro Woche mit Berichts- und Dokumentationspflichten. Beschäftigte ohne Führungsverantwortung wenden durchschnittlich 23 Prozent ihrer Arbeitszeit dafür auf, Führungskräfte rund 30 Prozent. Zwischen 2022 und 2025 mussten Betriebe rund 325 000 zusätzliche Mitarbeiter einstellen, um neue gesetzliche Anforderungen zu erfüllen – Arbeitskräfte, die keine Wertschöpfung erzeugen, sondern sich mit unnötigem Papierkram beschäftigen (IW Köln, 2025).

Drittens verringert das Bürgergeld die Attraktivität von Arbeit: Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in München mit Mindestlohn und 40 Wochenstunden verfügt nach Abzug der Wohnkosten über ein Nettoeinkommen, das lediglich 379 Euro pro Monat höher ist als das eines vergleichbaren Bürgergeldempfängers, der nicht arbeitet und zudem seine Unterkunftskosten erstattet bekommt (WSI, 2025).

Es ist äußerst ungerecht, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bundeskanzler Friedrich Merz von den deutschen Arbeitnehmern höhere Leistung verlangen, während seit 2015 eine erhebliche Zuwanderung in das deutsche Sozialsystem erfolgt, die dazu führte, dass viele Zugewanderte nicht arbeiten, aber Sozialleistungen beziehen. Unter dieser Situation leiden nicht nur deutsche Arbeitnehmer, sondern auch Migranten, die legal eingereist sind, sich integriert haben und einen positiven Nettobeitrag für Fiskus, Wirtschaft und Gesellschaft leisten.

Im Jahr 2025 waren 48 Prozent aller Bürgergeldempfänger ausländische Staatsbürger, und 64 Prozent aller Bürgergeldempfänger hatten einen Migrationshintergrund. Im Dezember 2025 lag die Beschäftigungsquote von Personen aus den Asylherkunftsländern bei nur 50,2 Prozent, die Arbeitslosenquote bei 27 Prozent und die Bürgergeldquote bei 41,3 Prozent. Bei Personen aus der Ukraine betrug die Beschäftigungsquote 37,4 Prozent, die Arbeitslosenquote 38,2 Prozent und die Bürgergeldquote 53,8 Prozent (IAB Zuwanderungsmonitor, 2026). Im Vergleich dazu lag im Jahr 2024 die Arbeitslosenquote von Deutschen ohne Migrationshintergrund bei nur 2,3 Prozent (Destatis, Mikrozensus 2024).

Parallel zu dieser Fehlentwicklung bei Zugewanderten, die aufgrund illegaler Einreise oder Straffälligkeit rückgeführt werden sollten oder bei legalem Aufenthaltsstatus in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, hat der Freistaat in den letzten Jahren seinen Verwaltungsapparat stark aufgebläht und damit Arbeitskräfte dem freien Markt entzogen. Es wäre deutlich vorteilhafter, wenn diese Ressourcen der Privatwirtschaft zur Verfügung stünden. Zwischen 2013 und 2023 stieg die Zahl der Staatsbediensteten im Kernhaushalt von 174 000 auf 222 000 – ein Plus von 48 000 Stellen beziehungsweise 27 Prozent –, obwohl Ministerpräsident Dr. Markus Söder ursprünglich Stellen abbauen wollte (Drucksache 19/8949). Statt die Verwaltung zu verschlanken, sollen laut Haushaltplan 2026/2027 sogar rund 2 700 neue Stellen geschaffen werden, was ein klares Indiz für ineffiziente Staatsführung ist.